

Motion Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle - Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss

Fahrzeuge mit Elektromotoren sind wesentlich energieeffizienter als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Sie sind ausserdem emissionsfrei und tragen somit zu einer besseren Luftqualität bei, schonen global das Klima und lokal die Gesundheit der Stadtbewohner. Und sie werden immer beliebter. Dies nicht nur in Norwegen, wo Elektrofahrzeuge dank steuerlichen und infrastrukturellen Anreizen zu den meistverkauften Personenwagenmodellen zählen, sondern auch in der Schweiz, wie dies die folgenden Zahlen des Bundesamtes für Statistik zu den Neuzulassungen von Elektropersonenwagen zeigen:

Anzahl Neuzulassungen von Elektropersonenwagen in der Schweiz (Quelle: BFS):

2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
9	19	24	57	201	452	924	1 392	1 948

Diese Entwicklung erstaunt nicht, denn mit Fahrzeugen wie dem Nissan Leaf, BMW i3, VW e-up, Renault Zoe, Citroën C-Zero und dem Mercedes B-Klasse Electric Drive verfügen seit kurzem oder demnächst auch traditionelle Autohersteller über massentaugliche vollelektrische Personenwagenmodelle. Mit einem Tesla S verfügt seit kurzem auch Bundesrätin Doris Leuthard über ein attraktives Elektroauto als Dienstfahrzeug.

Zwar sind Elektrofahrzeuge im Vergleich zu Brennstoff-Fahrzeugen noch etwas teurer beim Kauf, dies wird aber je nach Fahrleistung und Fahrprofil grösstenteils kompensiert durch den wesentlich tieferen Energieverbrauch und entsprechend tiefere Betriebskosten. Für den Halter eines Elektrofahrzeugs entfällt zudem die regelmässige Fahrt zur Tankstelle, denn Elektrofahrzeuge werden in der Regel zuhause während den Stehzeiten geladen.

Aber genau die Tatsache, dass Elektrofahrzeuge zumeist über Nacht während den Stehzeiten mit Strom getankt werden, bedeutet, dass heute Elektropersonenwagen faktisch nur für Hauseigentümer, die einen Parkplatz mit Stromanschluss einrichten können, eine alltagstaugliche Option sind. Für den grossen Teil der Autobesitzer in Bern sind Elektrofahrzeuge aufgrund des fehlenden Zugangs zu geeigneten Nachtladestationen keine Option. Neben den 13'300 Inhabern von Anwohnerparkkarten sind dies auch Mieter von privaten Parkplätzen ohne Stromanschluss, denen aufgrund mangelnder Infrastruktur der Zugang zur Elektromobilität faktisch verwehrt bleibt.

Wir glauben, dass sich langfristig der Wechsel zu einer Mobilität basierend auf Elektrizität statt auf fossilen Brennstoffen nicht aufhalten lässt, auch wenn seit kurzem die OPEC mit einer Ölschwemme den Ölpreis auf dem Weltmarkt tief hält. Wir sind zudem der Auffassung, dass diese Entwicklung gerade im urbanen Raum äusserst begrüssenswert ist.

Zwar muss das vorrangige Ziel der städtischen Verkehrspolitik sein, den Velo- und Fussverkehr, den öffentlichen Verkehr sowie Car- und Bikesharingangebote so attraktiv zu gestalten, dass gar kein Bedürfnis für den Besitz eines eigenen Motorfahrzeuges entsteht.

Aus klima- und gesundheitspolitischen Gründen ist es aber genauso wichtig, dass alle Personen, welche trotzdem über ein eigenes Auto verfügen möchten, zum Zeitpunkt der Beschaffung über einen alltagstauglichen Zugang zu Parkplätzen mit Stromanschluss verfügen, damit sie sich für ein emissionsfreies, vollelektrisches Fahrzeug entscheiden können. Dies gilt insbesondere auch für Anwohner, welche für das nächtliche Parkieren ihres Fahrzeuges den öffentlichen Raum beanspruchen.

Um langfristig auch im Bereich Mobilität die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu vermindern und um allen Autobesitzern einen unkomplizierten Zugang zur Elektromobilität zu ermöglichen und damit den Anteil energieeffizienter Verkehrsmittel zu erhöhen, fordern wir den Gemeinderat auf:

1. ein Konzept zu erstellen, um bis zum Jahr 2035 grundsätzlich alle Parkplätze im öffentlichen Raum mit Stromanschluss zu versehen;
2. die Finanzierung dieser Infrastruktur hauptsächlich über die Gebühren für die Anwohnerparkkarten sowie über die Ersatzabgabe für die Parkplatzerstellungspflicht zu regeln;
3. den Strombezug auf den öffentlichen Parkplätzen über ein geeignetes, möglichst selbsttragendes (in Bezug auf Strom-, Betriebs- und Unterhaltskosten) Abrechnungssystem zu regeln;
4. zu prüfen, ob es in einer Übergangsphase zweckmässig und möglich ist, gewisse öffentliche Parkplätze mit Stromanschluss den Elektrofahrzeugen vorzubehalten.

Bern, 23. April 2015

Erstunterzeichnende: Benno Frauchiger

Mitunterzeichnende: Gisela Vollmer, Martin Krebs, Ingrid Kissling-Näf, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Marco Pfister, Sandra Ryser, Lukas Gutzwiller, Daniel Klauser, Matthias Stürmer, Claudio Fischer, Michael Daphinoff

Antwort des Gemeinderats

Langfristiges Ziel des Gemeinderats ist es, die Mobilität in der Stadt Bern stadtverträglich und klimaneutral zu gestalten. Dabei soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert und eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr erreicht werden.

Wie der Gemeinderat in seiner am 12. Mai 2015 verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2025 Stadt Bern festgehalten hat, tragen Elektrofahrzeuge dann zu einer Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität bei, wenn durch sie ein realer Ersatz von benzin- und dieselbetriebenen Fahrzeugen erreicht wird und die Stromproduktion mit erneuerbarer Energie erfolgt. In der Energie- und Klimastrategie hat der Gemeinderat deshalb u.a. das Ziel formuliert, die Effizienz der Fahrzeuge und den Einsatz erneuerbarer Energien zu steigern: Mit einer Steigerung der Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien soll der fossile Treibstoffverbrauch gegenüber 2008 um 30 Prozent gesenkt werden. Zur Zielerreichung sollen beispielsweise Anreize für die private Beschaffung von emissionsarmen Fahrzeugen geschaffen und dafür geeignete Massnahmen umgesetzt werden. Dabei können das Bereitstellen von Parkplätzen für Elektrofahrzeuge und öffentliche (Schnell-)Ladestationen einen wichtigen Beitrag leisten, damit die Elektromobilität insgesamt als leistungsfähig akzeptiert wird. Die Massnahmen müssen nach Auffassung des Gemeinderats jedoch so ausgestaltet werden, dass Fehlanreize und unerwünschte Effekte ausbleiben. Beispielsweise muss ein höherer Motorisierungsgrad bei Privatpersonen durch die direkte Förderung von Elektroautos zwingend vermieden werden.

Diese Vorgaben aus der Energie- und Klimastrategie sind auch in den aktuellen Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts STEK 2015 sowie in die - darauf abgestimmt - in Arbeit stehende Parkierungsstrategie eingeflossen, indem die Stadt künftig zusammen mit privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie Parkhausbetreibern für eine bedarfsgerechte Lade-Infrastruktur sorgen soll. Dabei soll der konkrete Bedarf an Ladestationen im öffentlichen Raum abgeklärt werden. Derzeit betreibt Energie Wasser Bern (ewb) in der Stadt Bern bereits vier solche öffentliche Ladestationen (Bahnhof Parking Bern, Casino Parking, City West Parking, Parking der Mobiliar Versicherungsgesellschaft).

Diese Grundhaltung des Gemeinderats deckt sich im Wesentlichen mit den Ansätzen, welche die Städtekonferenz Mobilität in ihrem Positionspapier „Elektromobilität: Positionen der Städtekonferenz Mobilität“ vom September 2013 ausgeführt hat.

Auch auf Bundesebene ist die Elektromobilität ein wichtiges Thema. Der Bundesrat hat am 13. Mai 2015 seinem „Bericht in Erfüllung der Motion 12.3652. Elektromobilität. Masterplan für eine sinnvolle Entwicklung“ vorgelegt. Darin sieht der Bundesrat für die Schweiz ein umfangreiches Massnahmenpaket vor, insbesondere im Bereich Energieforschung, Pilot- und Demonstrationsprojekte, Information und Beratung, Vorbildfunktion, Koordination und Planung Ladeinfrastruktur, Verzicht auf Beteiligung des e-MIV an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur bis 2020. Bezüglich der Ladeinfrastruktur werden im Bericht Massnahmen aufgelistet, die der Bundesrat im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung kurz- bis langfristig umzusetzen beabsichtigt. Beispielsweise soll bis 2020 ein Leitfaden für Unternehmen und Gemeinden für die Planung von Infrastrukturanlagen und Empfehlungen für die Wahl von Ladesäulen erarbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund befürwortet der Gemeinderat die Stossrichtung der Motion und ist bereit, auch Stromanschlüsse auf öffentlichen Parkplätzen einzurichten. Den damit zusammenhängenden Fragen werden sich die städtischen Stellen zusammen mit Energie Wasser Bern und unter Berücksichtigung der ausgeführten strategischen Vorgaben annehmen. Dabei ist allerdings offen, ob die Lösung genau in die von der Motion angesprochenen Richtung zielen wird oder ob allenfalls andere Ansätze zielführender sein werden. Der Gemeinderat lehnt deshalb zum heutigen Zeitpunkt die konkret und detailliert formulierte Motion ab. Er ist jedoch bereit, die Forderung als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der Aufwand für die anstehenden konzeptionellen Arbeiten werden auf mehrere Zehntausend Franken geschätzt. In diesem Rahmen werden auch die mit einer allfälligen Umsetzung verbundenen Infrastruktur- und Betriebskosten abgeschätzt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 14. Oktober 2015

Der Gemeinderat